

Preußische Allgemeine Zeitung

Problematisch - 27.07.2019

Wozu der Reichstag einen »Westwall« benötigt, warum die Wirklichkeit viel zu rechts ist, und was absolut notwendig bleibt / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

27.07.19



Denen muss ja furchtbar die Muffe gehen. Wovor haben die nur so viel Angst? Wie Sie auf Seite 1 lesen, soll der Reichstag mit einer Art „Westwall“ gegen den Platz der Republik abgeschirmt werden, einem befestigten Graben von der Bauweise, wie man sie früher gegen Durchbruchversuche mit schwerem Gerät errichtet hat. Droht aus dem Berliner Tiergarten eine Panzerattacke auf das deutsche Parlamentsgebäude?

Wohl eher nicht. Vielleicht hat die Kommission des Ältestenrates auch nur eine Entwicklung erkannt, die sich in unserem Land immer mehr ausbreitet.

Wie wir lesen, haben Horden junger Männer aus wärmeren

Weltregionen die Innenstadt im saarländischen Saarlouis vorübergehend in eine Bürgerkriegszone verwandelt. Die Spezialeinheiten der Polizei waren machtlos und mussten laut Bürgermeister Peter Demmer den „geordneten Rückzug antreten“. Klingt wie: Die Staatsmacht hat die Beine in die Hand genommen und die Bürger mit der orientalischen Gewaltorgie alleingelassen. Aber so sagt man das natürlich nicht, denn in Deutschland gibt es bekanntlich keine rechtsfreien Räume.

Sozialdemokrat Demmer hat in einem „Brandbrief“ an Landesinnenminister Klaus Bouillon von der CDU die schlimme Situation in seiner 35000-Einwohner-Gemeinde geschildert. Das Ärgerlichste an der Sache ist: Die Eskalation ereignete sich zur völligen Unzeit. Kaum drei Wochen zuvor hatte sich die Landeshauptstadt Saarbrücken mit den Stimmen aller Ratsfraktionen mit Ausnahme von ... – Sie wissen schon – zum „sicheren Hafen“ erklärt, der gern noch mehr Asylsucher aufnehmen möchte. Wie sieht das denn jetzt aus? Zum Glück haben die überregionalen Medien die Vorgänge von Saarlouis weitgehend übergangen.

Demmer war wenigstens so taktvoll, bei der Landesregierung bloß um mehr Polizei zu betteln. Er belässt es also bei der Bearbeitung der Symptome. Was wäre wohl gewesen, wenn er stattdessen die Ursachen angerührt und weniger Immigration, sichere Grenzen und mehr Abschiebungen gefordert hätte?

Du liebe Zeit! Das hätte übel auf die Stimmung geschlagen, die sich gerade erst wieder aufzuhellen beginnt und stellenweise sogar in die selige Euphorie von 2015 umzuschlagen scheint. Rostocks scheidender Bürgermeister Roland Methling verkündet: „Wir können jederzeit auch 1000, 2000, 10000 oder 20000 Flüchtlinge aufnehmen.“ Und

das gelte für „jede deutsche Stadt“.

Wir dürfen zuversichtlich davon ausgehen, dass die herzliche Einladung von der Warnow über das (außerhalb Deutschlands) gut ausgebaute globale Mobilfunknetz längst bis in die hintersten Winkel Afrikas und des Orients vorgedrungen ist: Habt ihr gehört? Die deutschen Bürgermeister haben uns gerufen!

Wir dürfen auch nicht alles in einen Topf werfen. Die Furcht der Bundestagsabgeordneten mit der Angst der Bürger von Saarlouis auf eine Stufe zu stellen, hieße, Äpfel mit Obst zu vergleichen. Im Reichstag hegt man begründete Sicherheitsbedenken aufgrund einer realen Gefahrenlage. Der Ruf nach mehr Polizei für die saarländische Kleinstadt entspringt dagegen einer nur gefühlten Unsicherheit, welche einer diffusen Angst entspringt, die auf einem vorurteilsbelasteten Blick auf Migrantinnen und Migranten aus bestimmten Erdteilen fußt.

Der Bürgermeister von Saarlouis hat sich anstecken lassen von dieser verzerrten Sicht auf die wahre Wirklichkeit. Damit ist er nicht allein, wie Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik entdecken musste.

Sie wittert „rechte Einstellungen“ bei ihren Polizisten und hat auch schon den Grund für diesen Abgrund ergründet: Wenn man über Jahre in problematischen Kiezen unterwegs sei und dort mit Respektlosigkeit und Widerstand konfrontiert werde, könne das „zu problematischen politischen Meinungen führen“, so Slowik. Oder, wenn man es täglich mit Gewalt in Familien zu tun habe, immer wieder die gleichen Kinder aus den gleichen Familien rausholen und nach drei Tagen und fünf Tagen wieder vorfahren müsse, dann nerve das irgendwie. Auch Polizisten, die ständig mit Clans oder kriminellen Jugendlichen zu tun haben, dächten im Dienst

nicht unbedingt an die Vorteile von Multikulti, sagte ein Polizeimeister aus Neukölln laut „Berliner Zeitung“.

Daher sollen die Beamten nach Slowiks Plan künftig nur noch zeitweise in Problem-Stadtteilen arbeiten und dann durch die Stadt rotieren. Außerdem will die Polizeipräsidentin die politische Einstellung der Berliner Polizisten gründlicher überwachen.

Wir könnten es auch so ausdrücken: Polizisten, die zu lange an einem Fleck bleiben, kriegen irgendwann heraus, was da wirklich los ist. Die Wirklichkeit ist einfach viel zu rechts, als dass man die Sicherheitskräfte damit dauerhaft konfrontieren darf, ohne dass sie sich einen Reim darauf machen.

Um das zu verhindern, schickt man sie nach einiger Zeit besser wieder weg, damit sie nur noch per Medien über die Lage in ihrem ehemaligen Wirkungsbereich unterrichtet werden. Beispielsweise über das fabelhafte Gelingen all der vielen bunten Integrationsprojekte, die Vorzüge der Clan-Auffüllung durch Familiennachzug und den stetigen Rückgang der Kriminalität.

Überraschenderweise haben Polizisten aus den eher deutschen Stadtteilen wie Köpenick oder Zehlendorf dem Rotationsplan wenig abzugewinnen. Man kenne die Leute dort und sei bekannt, das erleichtere die Arbeit, so ein Betroffener. Na? Ist das auch alles? Oder hat der Polizist auch aus der Ferne einiges mitbekommen von den Zuständen in Neukölln und denkt bereits „problematisch“?

Wir wollen es nicht hoffen. Allerdings hat Slowik womöglich einen heiklen Aspekt ihres Rotationsplans übersehen. Könnte es sein, dass ein bislang ganz multikultifreundlicher, also „unproblematisch“ denkender Uniformierter aus dem Villenviertel erst durch seine zeitweise Versetzung in die bunten Ecken der Metropole von „problematischen“

Gedanken infiziert wird?

Beruhigenderweise stellen die Polizisten nur einen kleinen Teil des Wahlvolks, das in seiner Mehrheit stets die Themen für wichtig hält, die es für wichtig halten soll. Den Klimawandel nämlich. Luisa Neubauer, das deutsche Gesicht von „Fridays for Future“, fordert weitere einschneidende Maßnahmen. So sollten Inlandsflüge verboten werden, findet die 23-Jährige.

Das hatten wir irgendwie erwartet, denn wie vor einem Jahr bekannt wurde, fliegt Neubauer sowieso lieber ins Ausland, etwa nach Kanada, China und Hongkong, Marokko, England, Namibia, Tansania oder Indonesien. Darüber hatten wir ja schon berichtet. Freundlicher Weise lässt sie uns allen noch ein kleines Schlupfloch, um auch weiterhin innerhalb Deutschlands fliegen zu dürfen. Bedingung für das Verbot sei der Ausbau der Deutschen Bahn.

Uff, da haben wir ja noch mal Glück gehabt, denn darauf können wir lange warten. Und es kommt noch besser: Sie selbst nutze auch „hin und wieder“ das Flugzeug. Dafür schäme sie sich auch. Außerdem nehme sie den Flieger nur aus „einer absoluten Notwendigkeit“. Kurz mal nachdenken: Wofür muss eine Hamburgerin, die in Göttingen Geografie studiert, mit „absoluter Notwendigkeit“ in den Flieger steigen? Um die Inseln von Indonesien selber nachzuzählen? Auf jeden Fall sollte sie von ihren vielen notwendigen Fernreisen über den ganzen Globus wieder solche lustigen Urlaubsfotos ins Netz stellen wie letztes Jahr, auf denen sie derart herzerfrischend lacht, dass jeder spüren kann, wie sie sich „schämt“. Apropos Urlaub: Wo verbringt Neubauers Klimakampfgenosse „Rezo“, der kurz vor der EU-Wahl so viel Furore im Internet gemacht hat, die schönste Zeit des Jahres? Wieder auf den Malediven wie schon 2018?